

Region

Biel

Debatte über SRG-Initiative: Auch in der Region sind die Fronten verhärtet

Die SRG hat am Donnerstag im Gymnasium Biel zur Debatte über die Halbierungsinitiative geladen. Die Diskussion mündete in einem Schlagabtausch zwischen Links und Rechts.

Jana Tálos

Sébastien Goetschmann

Am 8. März stimmt die Schweizer Stimmbevölkerung über die Volksinitiative «200 Franken sind genug!» ab. Die Initiative fordert, dass die Abgabe für Radio- und Fernsehinhalte von heute 335 auf 200 Franken pro Haushalt gesenkt wird und Unternehmen ganz davon befreit werden. Die Kürzung hätte massive Auswirkungen auf die Programme der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) (siehe Zweittext unten).

Es erstaunt daher nicht, dass Jean-Michel Cina, Präsident der SRG, am Donnerstagabend auch in Biel vor der Initiative warnt. Die SRG hat am Gymnasium Biel zu einer öffentlichen Debatte geladen. Die Initiative gehe, so Cina, zu weit. Würde die Vorlage angenommen, hätte die SRG ab 2029 nur noch rund 630 Millionen Franken an Gebühren zur Verfügung. Also etwa die Hälfte des derzeitigen Betrags.

Neben den Auswirkungen auf die Inhalte würde dies auch die fast 3000 Arbeitsplätze innerhalb des Unternehmens gefährden, sagt der SRG-Präsident. Weitere 3000 würden indirekt in anderen Unternehmen verloren gehen, etwa für Autoren, Schauspieler, audiovisuelle Produktionsfirmen, Baugewerbe, Hotellerie und mehr.

Das will die Halbierungsinitiative

Derzeit zahlen Privathaushalte eine Radio- und Fernsehgebühr von 335 Franken pro Jahr. Mehrwertsteuerpflichtige Unternehmen müssen ebenfalls eine Gebühr entrichten, wenn ihr Umsatz 500'000 Franken oder mehr beträgt, wobei die Höhe der Gebühr vom Umsatz abhängt.

Die Initiative «200 Franken sind genug!», die am 10. August 2023 mit mehr als 126'000 Unterschriften eingereicht wurde, wird hauptsächlich von der SVP und dem Schweizerischen Gewerbeverband getragen. Sie fordern, dass die Serafe-Gebühr für Privathaushalte auf 200 Franken gesenkt wird, dass alle Unternehmen davon befreit werden und sich die SRG darauf beschränkt, einen «für die Gemeinschaft unverzichtbaren Dienst» zu erbringen.

Die Initianten sehen nicht ein, dass alle Haushalte 335 Franken pro Jahr für Fernsehen und Radio bezahlen müssen; unabhängig davon, ob sie diese nutzen oder nicht, ob nur eine Person oder mehrere Personen im Haushalt leben und ob die im Haushalt lebenden Personen blind oder taub sind. Ausserdem weisen sie darauf hin, dass die Schweizerinnen und Schweizer die höchsten Radio- und Fernsehgebühren der Welt zahlen.

Wird die Initiative angenommen, müsste die SRG laut Botschaft des Bundes ihre Programme reduzieren und Sendungen streichen. Ab 2029 würde sie nur noch rund 630 Millionen

Franken einnehmen, also etwa die Hälfte des derzeitigen Betrags. Infolgedessen würde die regionale Berichterstattung eingeschränkt und Produktionsstätten würden geschlossen.

Darüber hinaus könnte die SRG praktisch keine Unterhaltungs- und Sportsendungen mehr ausstrahlen. Nach Schätzungen einer Studie von BAK Economics müsste die SRG fast 3000 Stellen streichen.

Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Initiative ab, da sie ihrer Meinung nach zu weit geht. Die Regierung hat daher einen Gegenvorschlag verabschiedet, der vorsieht, die Gebühren für Haushalte bis 2029 schrittweise auf 300 Franken zu senken. Auch Unternehmen werden von einer Entlastung profitieren: Ab 2027 werden nur noch etwa 20 Prozent der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen eine Abgabe zahlen. Diese Lösung, die auch die Belastung für Haushalte und Unternehmen verringern würde, hätte zur Folge, dass die SRG Einsparungen vornehmen und ihr Programmangebot reduzieren müsste, dabei aber die Qualität beibehalten würde.

Die meisten Journalisten sind linksgerichtet. Ich bin nicht bereit, 335 Franken pro Jahr für diesen Service zu bezahlen.

Manfred Bühler sieht «viel Einsparpotenzial»

SVP-Nationalrat Manfred Bühler aus Cortébert sieht das anders. Er findet, dass sich die SRG auf ihre Kernaufgabe als öffentlich-rechtliche Einrichtung konzentrieren soll. «Sie muss qualitativ hochwertige Informationen und politische Debatten liefern, aber Unterhaltung und Sport sind für die Meinungsbildung nicht wesentlich», sagt er in der Debatte.

«Im Mammutunternehmen SRG gibt es genügend Einsparpotenzial», so Bühler weiter. Jean-Michel Cina hält dagegen: Mit halb so viel Geld könne man nicht mehr die gleichen Leistungen in den Bereichen Information, Kultur, Sport, Unterhaltung und Bildung erbringen, und das alles in vier Sprachen.

David Biner, Journalist bei der «Weltwoche», kritisiert seinerseits die mangelnde Vielfalt der SRG. «Die meisten Journalisten sind linksgerichtet. Ich bin nicht bereit, 335 Franken pro Jahr für diesen Service zu bezahlen», sagt er.

Jean-Michel Cina entgegnet darauf, dass es zwar linke Journalistinnen und Journalisten gebe, man aber nicht alle über einen Kamm scheren dürfe. «Man muss sie an dem messen, was sie produzieren. Sie halten sich an ihre berufsethischen Pflichten, was mehrere Studien bestätigen.» Ausserdem gebe es Kontrollorgane.

Gemäss einer Studie der ZHAW sind rund zwei Drittel der Journalistinnen und Journalisten links oder eher links. Allerdings bezeichnet die letzte Untersuchung des Forschungszentrums für Öffentlichkeit und Gesellschaft (FÖG) die Berichterstattung von SRF als nahezu komplett politisch ausgewogen.

Es geht nicht um Kaufkraft – es ist politisch, weil die SRG ihnen zu links ist.

Schlagabtausch um politische Gesinnung

Der Waadtländer Ständerat Pierre-Yves Maillard (SP) meint sarkastisch, dass die Befürworter der Initiative zumindest ehrlich seien: «Es geht nicht um Kaufkraft, wie es in der Kampagne behauptet wird. Es ist politisch, weil die SRG ihnen zu links ist.» Das sei reine Propaganda und Ideologie. «Ich frage ja auch nicht, welche politische Gesinnung die Armeeoffiziere haben, wenn ich die direkte Bundessteuer bezahle.»

«Vergleichen Sie die nationale Sicherheit gerade mit einer Talkshow wie «Les bras cassés» von Couleur 3?», fragt David Biner.

«Die Unabhängigkeit der Information ist ein Element der öffentlichen Sicherheit», fährt Pierre-Yves Maillard fort. Mit der SRG habe man einen Mediendienst, der dem Volk gehöre. «Ich verstehe nicht, wie eine Partei, die sich als «Volkspartei» bezeichnet, diesen zerstören will, um ihn durch Medien zu ersetzen, die Milliarden gehören.»

«Es gibt nicht nur rechte Milliarden», sagt Manfred Bühler darauf.

Man lockt uns mit Einsparungen, aber letztlich müssen wir das, was wir bei der SRG nicht mehr finden, anderswo bezahlen.

«Nichts als Augenwischerei»

Was die finanzielle Belastung der Haushalte angeht, merkt Pierre-Yves Maillard an, dass die jüngsten Budgetkürzungen (die Radio- und Fernsehgebühren wurden im Jahr 2021 von 451 Franken auf 335 Franken gesenkt, Anm. d. Red.) dazu geführt hätten, dass Fussballspiele nicht mehr übertragen werden und die Bevölkerung viel teurere Abonnemente bezahlen müsse, um Zugang zu denselben Inhalten zu erhalten.

Virginie Borel, Direktorin des Forums für Zweisprachigkeit, pflichtet ihm bei. Die Initiative sei nur Augenwischerei. «Man lockt uns mit sofortigen Einsparungen, aber letztlich müssen wir das, was wir bei der SRG nicht mehr finden, anderswo bezahlen.»

Die Einsparungen bei der SRG hätten auch Folgen für die anderen Medien in der Schweiz, ist Virgine Borel überzeugt. Keystone/Anthony Anex

Image

Manfred Bühler ist damit nicht einverstanden. «Wenn mich Fussball interessiert, abonniere ich ihn. Aber ich will nicht für etwas bezahlen, das mich nicht interessiert und nicht zum Auftrag des Service public gehört.» Es brauche zum Beispiel nicht so viele Musikkkanäle, und man müsse auch kein Geld für amerikanische Serien ausgeben.

Pierre-Yves Maillard macht in diesem Punkt auf das Prinzip der Solidarität aufmerksam. «Wenn jeder nur für das bezahlt, was er konsumiert, dann ist es mit der Schweiz vorbei. Die Solidarität ist Teil des nationalen Ideals.» Er sei schockiert, dass man diese Institution schwächen wolle.

Virginie Borel sieht in der Kürzung auch ein Risiko für andere Medien. Würden Regionalbüros der SRG geschlossen und alles in Zürich zentralisiert, gingen Synergien verloren.

«Das menschliche Gehirn ist anfällig dafür, sich von einer Seite manipulieren zu lassen. Wir brauchen Medien, die weder politisch noch ideologisch gefärbt sind, um ein Gegengewicht zu schaffen», so Pierre-Yves Maillard zum Schluss der Debatte.

Eine zweite Debatte zum Thema findet am 23. Februar um 18 Uhr im Kultur- und Freizeitzentrum von Saint-Imier statt. Der Direktor von RTS, Pascal Crittin, wird sich mit Manfred Bühler,

Stéphanie Mérillat (Co-Präsidentin des EHC Biel), und Hervé Gullotti (Gemeindepräsident von Tramelan und SP-Kandidat für den Berner Regierungsrat), austauschen.